

A n t r a g
(Alternativantrag)

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zu dem Antrag der Fraktion DIE LINKE
- Drucksache 5/5698 - Neufassung -

Vorbereitung der EU-Förderperiode 2014 bis 2020

- I. Die Landesregierung wird aufgefordert, bei den für die Operationellen Programme (ESF, EFRE und ELER) für die EU-Förderperiode 2014 bis 2020 in Thüringen gemäß Artikel 41 bis 45 des Verordnungsvorschlags für gemeinsame Bestimmungen über die EU-Strukturfonds (KOM [2012] 496 endg.) einzurichtenden Monitoringausschüsse (bisher Begleitausschüsse) jeweils eine/n durch die im Landtag vertretenen Fraktionen benannte/n Vertreter/-in mit Stimmrecht zu berücksichtigen.
- II. a) Die Landesregierung wird aufgefordert, die drei EU-Fonds - ESF, EFRE und ELER - ressortübergreifend als Teil einer landesweiten integrierten Planung zu behandeln. Die Grundzüge dieser integrierten Planung, der Zeitplan und die prozentuale Verteilung der Förder- und der Eigenmittel sollen aufgrund eines rechtzeitig vor dem 31. Dezember 2013 durch die Landesregierung vorgelegten Beschlussvorschlages durch den Landtag bestätigt werden.

b) Die Landesregierung wird aufgefordert, die Absicht der Europäischen Kommission zum "Capacity Building" aus dem entsprechenden Code of Conduct zu unterstützen und umgehend mit einer Kampagne für eine breite öffentliche Beteiligung der Wirtschafts- und Sozialpartner (WiSo-Partner), der Zivilgesellschaft und der einschlägigen Nichtregierungsorganisationen (NGO) zu beginnen.

c) Die Landesregierung wird aufgefordert, die erfolgreiche und eingeführte LEADER-Methode des ELER-Programmes auch gemäß Vorgabe der Europäischen Kommission auf ESF und EFRE auszudehnen. Die in ganz Thüringen flächendeckend bestehenden Regionalen Aktionsgruppen (RAGen) sollen entsprechende Mitspracherechte erhalten.
- III. Bei der Erarbeitung der Operationellen Programme 2014 bis 2020 für Thüringen wird die Landesregierung aufgefordert, folgende Schwerpunkte zu berücksichtigen:

1. eine Konzentration des Operationellen Programmes EFRE auf Darlehensprogramme sowie auf die verstärkte Nutzung von revolvingierenden Fonds;
2. die WiSo-Partner sollen entsprechend dem Code of Conduct der Europäischen Kommission mit Mitteln aus der technischen Hilfe in die Lage versetzt werden, ihre Fachkompetenz und Ortskenntnis in die Planung und Umsetzung des Operationellen Programms einzubringen. Hierfür sollen über die Technische Hilfe ausreichend Mittel zur Verfügung gestellt werden.

Begründung:

Zu Nr. I.:

Anders als die Fraktion DIE LINKE halten wir nicht zwingend die Vertretung einer Fraktion im Monitoring-Ausschuss durch ein Mitglied für notwendig. Eine Fraktion soll sich auch externen Sachverständigen bedienen können.

Zu Nr. II. a:

Hierfür gibt es aus mindestens drei Aspekten heraus eine zwingende Notwendigkeit. Zum Ersten benötigt die durch Mittelreduzierung und Inflation in etwa stattfindende Halbierung der möglichen Förderprojekte eine örtliche und/oder inhaltliche Konzentration, die wiederum eine politische Legitimität verlangt. Zum Zweiten hat dies durch das Parlament zu erfolgen, da es sich unzweifelhaft um die Festlegung von Grundzügen einer sogar Legislaturperioden übergreifenden Planung handelt und zum Dritten entspricht dies der unmissverständlichen Forderung des Fördermittelgebers EU.

Zu Nr. II. b:

Bislang vermitteln die Fachministerien den Eindruck, der Einflussnahme auf die Fördermittelvergabe durch NGOs oder WiSo-Partner ablehnend gegenüber zu stehen. Europa ist aber nicht nur eine Geldumverteilmaschine für uns, sondern auch ein (erfolgreiches) Demokratieexperiment. Weder die EU noch der Freistaat können es sich leisten, der Entfremdung unserer Mitbürger/-innen von der Politik nicht aktiv zu begegnen. Die Mitbestimmung von Gemeindeverwaltungen, Behindertenverbänden, Handwerksinnungen oder einer Umwelt-Bürgerinitiative bei der Fördermittelvergabe ist eine Chance, diese Mitbestimmung mit positivem Bezug zu verbinden.

Zu Nr. II. c:

Die Europäische Kommission ermöglicht und fordert diesen Ansatz für alle drei Fonds, der entsprechende Terminus lautet "Community Led Local Development, CLLD" ("Auf örtlicher Ebene betriebene Maßnahmen lokaler Entwicklung"). Das Land leistet sich eine flächendeckende LEADER-Struktur mit demokratisch legitimierten Vorständen und professionellem Management, die es nach den Vorgaben der Kommission so auch in der nächsten Förderperiode geben muss. Es gibt hier keine Spielräume - mindestens fünf Prozent des ELER müssen für LEADER ausgegeben werden. Dann ist es reine Geldverschwendung und widerspricht eklatant dem erklärten Willen der Kommission, wenn man LEADER nur auf den ELER beschränken würde. Dass es hier in manchen Regionen noch Ausbaubedarf gibt, ist unstrittig - aber gerade deshalb erwarten wir, dass die LEADER-RAGs zu qualifizieren sind.

Zu Nr. III.:

Wenn Thüringen langfristig gemäß der Fördergrundsätze des EFRE tätig werden will, ist der Anteil von direkten Subventionen, aufgrund der ständig weiter sinkenden EU-Fördergelder zurückzufahren. Die Erfahrungen mit der Ausreichung von Krediten war in der Vergangenheit bereits positiv. Ohne die Mitwirkung der WiSo-Partner und weiterer NGOs auf Augenhöhe ist eine gute Programmierung nicht möglich. Dies wird aber von der EU zwingend gefordert und ist Deutschland gegenüber immer als unzureichend kritisiert worden.

Für die Fraktion:

Rothe-Beinlich